

SEBASTIAN BREHM

Für Nürnberg in Berlin



Liebe Bürgerinnen,
liebe Bürger!

Wochenlang leisteten sich die SPD und ihr Bundeskanzler Olaf Scholz eine peinliche Hängepartie in der Frage der Unterstützung der Ukraine mit Leopard-Kampfpanzern. Taub für die dringlichen Bitten der Ukraine und ebenso taub für die Bitten Polens, wenigstens die Lieferung von Leoparden ihrer nationalen Streitkräfte freizugeben. Höhepunkt dieses peinlichen Spiels: ein deutscher Verteidigungsminister, der auf der Unterstützerkonferenz für die Ukraine in Ramstein mit der erstaunlichen Aussage aufwartete, man müsse erst mal definieren, welche Panzer zur Verfügung stünden. Dazu ein SPD-Vorsitzender Lars Klingbeil, der den Koalitionspartnern FDP und Grüne in Sachen Panzerlieferung den Mund verbieten wollte.

Nun also dann doch: Deutschland wird Panzer vom Typ Leopard 2 in die Ukraine liefern und gibt Leopard-Lieferungen der Nato-Partner frei. Der Schaden aber ist angerichtet. Deutschland ist im Bündnis weitgehend isoliert; seine politische Zuverlässigkeit in Frage gestellt. Von Führung keine Spur, die Beanspruchung einer deutschen politischen Führungsrolle durch

die SPD realitätsfern. Die Panzerfrage zeigt: die SPD ist noch immer nicht in der Zeitwende angekommen.

Eine weiteres Beispiel des ewigen zu spät und zu wenig der Ampelpolitik lieferte auch Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck. Man müsse angesichts der fehlenden Investitionsdynamik Maßnahmen wie eine Verlängerung der degressiven Abschreibung, die steuerliche Begünstigung von Rücklagen und die Verlängerung des erweiterten Verlustrücktrags prüfen, als ob die fehlende Dynamik eine neue Erkenntnis sei. Diese Maßnahmen müssten längst Gesetz sein, um Klarheit zu schaffen.

Anderes löst sich unterdessen offenbar in Luft auf, wie das Klimageld - von Arbeits- und Sozialminister Huberts Heil vor Wochen noch als Entlastung von Bürgern mit geringere Einkommen angepriesen. Wirtschaftsminister Habeck gestand nun in einem Interview ein, an eine Auszahlung des Klimageldes sei vor 2025 nicht zu denken.

Ich wünsche Ihnen einen schönen Start ins Wochenende und viel Spaß beim Lesen dieses Newsletters.

Es grüßt Sie herzlich

Sebastian Brehm

Ampel-Angriff auf den Bürgerwillen



Die Ampelkoalition treibt ihre Wahlrechtsreform voran und startet damit eine Attacke auf die direkten gewählten Abgeordneten. Am Freitag wurde der Gesetzentwurf erstmals im Bundestag diskutiert. Künftig soll die Zahl von 598 Abgeordneten nicht überschritten werden. Überhang- und Ausgleichsmandate werden abgeschafft. Erringt eine Partei mehr Direktmandate als ihr nach den Zweistimmen zustehen, sollen die Direktkandidaten mit den schlechtesten Ergebnissen das Nachsehen haben. Ihnen wird ein Mandat verwehrt, obwohl sie von den Bürgern persönlich gewählt wurden. Die Folge: Viele Wahlkreise werden künftig keinen Wahlkreisabgeordneten mehr haben.

Tatsächlich ist der Bundestag mit derzeit 736 Abgeordneten weit größer als er nach dem Gesetz sein sollte. Das Problem ist aber der Aufwuchs der über die Parteilisten eingezogenen Abgeordneten von 299 auf 437. Der Ausschluss von unmittelbar gewählten Abgeordneten ist aus Sicht von CDU und CSU eine Beschneidung des Wählerwillens.

Die Unionsfraktion hat daher ein eigenes Modell in den Bundestag eingebracht. Es stellt sicher,

dass jeder Wahlkreis und damit jeder Bürger weiterhin einen Wahlkreisabgeordneten in Berlin hat. Die Zahl der Überhang- und Ausgleichsmandate würde so klein ausfallen, dass sie kaum ins Gewicht fallen. Am Ende ergibt das nach den Modellrechnungen einen Bundestag mit rund 600 Abgeordneten



Sebastian Brehm: „Die Ampel spricht in Sonntagsreden gern vom Bürgerwillen. Wenn es aber zum Schwur kommt, wird der Bürgerwille

gestrichen. Die Bürgerstimme muss ihren Wert behalten. Worum es der Ampel bei ihrem Plan offenbar vorrangig geht, zeigt ein Blick auf die Folgen. Die geplante Streichung von direkt gewählten Wahlkreisabgeordneten Wahlkreisgewinnern trifft vor allem die CSU und die Hochburgen der CDU in Baden-Württemberg.“.



Auch unter Lindner ein Problemfall

Sie soll als zentrale Einheit für die Untersuchung von Finanztransfers Geldströme überprüfen und bei Verdacht auf Terrorismusfinanzierung oder Geldwäsche die Strafverfolgungsbehörden informieren. Doch seit die Financial Intelligence Unit (FIU) 2017 in die Zuständigkeit des Bundesfinanzministeriums überführt wurde, sorgte sie vor allem für Negativschlagzeilen.

Olaf Scholz, damals Bundesfinanzminister, bekam die Probleme vier Jahr lang nicht in den Griff. Bei der Behörde türmten sich unbearbeitete Verdachtsmeldungen. Eine Staatsanwaltschaft

ließ die Behörde gar durchsuchen - wegen des Verdachtes der Strafvereitelung durch Unterlassen.

Und jetzt stellte sich heraus: auch unter Finanzminister Christian Lindner änderte sich nicht viel. Sein Ministerium musste nach einer Anfrage einräumen, dass Ende September vergangenen Jahres mehr als 100.000 unbearbeitete Verdachtsmeldungen bei der Behörde lagerten – Tendenz steigend. Der Leiter der FIU warf inzwischen das Handtuch.

Nun soll es eine Task Force richten. Seit Anfang Dezember vergangenen Jahres hat die „Eingreifgruppe“ erst einmal gut 60.000 Verdachtsmeldungen als nicht relevant aussortiert. Unklar, ob dabei nicht doch wichtige Informationen unter den Tisch fielen.

Bleiben aber immer noch knapp 40.000 Verdachtsmeldungen, die einer weitergehenden Untersuchung zugeführt werden müssen. Lindners Ministerium verspricht, die Fälle noch bis zum Ende des Frühjahrs abzarbeiten.



Sebastian Brehm: „Es wird Zeit, dass die Behörde zur Verhinderung von Geldwäsche und Terrorfinanzierung in

Deutschland handlungsfähig aufgestellt wird. Olaf Scholz hat bei dieser Aufgabe als Bundesfinanzminister vier Jahre lang versagt. Sein Amtsnachfolger Lindner hat noch nicht bewiesen, dass er es besser kann. Es reicht nicht, eine Task Force einzurichten und immer neue Organisationsanalysen in Auftrag zu geben. Die

FIU braucht genügend Personal und Mittel, um ihre Aufgabe erfolgreich zu erledigen.“

Steuerchaos bei den Preisbremsen



Eine Gas- und eine Strompreisbremse sollen die Energiekosten für die Bürger im Rahmen halten. Doch kaum sind die Gesetze vom Bundestag beschlossen, offenbart sich neues rot-grün-gelbes Chaos. Da heißt es im Gesetz zur Strompreisbremse, Soli-Zahler müssten die Preisvergünstigung versteuern. Doch die Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesfinanzminister, Katja Hessel, schrieb dem Bundestagsfinanzausschuss, eine Besteuerung der Entlastungen aus der Strompreisbremse sei nicht vorgesehen. Gleichzeitig ist unbestritten, dass die Kosteneinsparung durch die Gaspreisbremse ab einem bestimmten Jahreseinkommen versteuert werden muss. Nach Aufklärung des Durcheinanders befragt, antwortete die Bundesregierung jetzt: „Die Beratungen innerhalb der Bundesregierung zu diesem Thema sind noch nicht abgeschlossen.“

Sebastian Brehm: „Das offensichtliche handwerkliche Unvermögen von Rot-Grün-Gelb bei der Formulierung von Gesetzen muss enden.

Diese Regierung ist mit ihrer Aufgabe offenbar heillos überfordert und ohne Plan.“

Politischer Jahresauftakt im Nürnberger Osten



Hoher Besuch beim Neujahrsempfang des CSU Ortsverbandes Laufamholz: Unser CSU-Parteivorsitzender und bayerischer Ministerpräsident Markus Söder war am vergangenen Sonntag im Nürnberger Osten unterwegs und begeisterte mit seiner Rede die Parteibasis. Als Kreisvorsitzender war es mir eine besondere Ehre, zusammen mit der Ortsvorsitzenden Stephanie Winter mehr als 180 Gäste begrüßen zu dürfen und mich für das große ehrenamtliche Engagement zu bedanken. Herzlichen Dank an alle Beteiligten auch für die tolle Organisation!

Gespräch mit MU-Bezirk Oberpfalz



Die Perspektiven des Mittelstandes habe ich auf einer Klausurtagung mit den Vertretern des Bezirks Oberpfalz der Mittelstands-Union in Nürnberg diskutiert. Fachkräftemangel und Bürokratie sind neben den weiter hohen Energiekosten aktuell der größte Hemmschuh für aktive Unternehmer. Selbst wenn sich Inhaber eines Betriebes an alle Gesetze und Vorschriften halten wollen, stoßen sie sehr schnell an die Grenze des überhaupt Leistbaren.

Es ist deshalb wichtig, diese Thematik konsequent weiter zu verfolgen. Der Wust der Vorschriften muss mit Sachkenntnis und gesundem Menschenverstand entrümpelt werden. Das ist in unser aller Interesse. Vielen Dank für die spannenden Diskussionen.

Sebastian Brehm, MdB | Dipl.-Kfm., Steuerberater

Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

☎ 030-227-74074 • Fax 030-227-70072

✉ sebastian.brehm@bundestag.de

www.sebastianbrehm.de



Diese Veröffentlichung dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden. Alle Fotorechte Sebastian Brehm, MdB, falls nicht anders angegeben.